

# Finanzausschuss

## Protokoll Nr. FINA/02/2008

über die öffentliche Sitzung am 26.02.2008,  
Rathaus, Sitzungszimmer 601

---

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 22:45 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Tobias Koch

#### **Stadtverordnete**

Herr Horst Aschmann  
Frau Carola Behr  
Herr Harald Düwel  
Herr Rolf Griesenberg

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Detlef Levenhagen  
Herr Horst Marzi

#### **weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Johan von Hülsen

#### **Sonstige, Gäste**

Herr Klaus Butzek	Seniorenbeirat
Frau Gisela Dietterlein	Seniorenbeirat
Herr Hendrik Olschewski	Kinder- u. Jugendbeirat

#### **Verwaltung**

Herr Horst Kienel	
Frau Ninette Asbrock	
Frau Angela Haase	Protokollführerin

### **Es fehlen entschuldigt**

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2008 vom 22.01.2008
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Neubau Peter-Rantzau-Haus  
- Vergleichende Analyse zur Wirtschaftlichkeit einer ÖPP-  
Realisierung -
7. Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt **2008/024**
8. Antrag des Kinder- und Jugendbeirates über die Vermietung  
von Unterkünften an Jugendliche im Reeshoop 55 c **2008/038**
9. Verschiedenes
- 9.1. Nachfragen zur steuerlichen Behandlung von Entschädigungen  
an ehrenamtliche Mitglieder
- 9.2. Haushaltssatzung 2008
10. Kenntnisnahmen

## **1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

## **2 Festsetzung der Tagesordnung**

Es liegen keine Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 8. und 11. vor. Der Berichterstatter erläutert dementsprechend nur den Sachstand.

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass es keinen Tagesordnungspunkt zur Wirtschaftsförderung gibt, obwohl dies für Februar 2008 zugesagt wurde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Wirtschaftsförderin aus persönlichen Gründen nicht anwesend sein und deshalb in dieser Sitzung nicht berichten kann. Das Ausschussmitglied bezeichnet dieses als einen Affront gegen die Selbstverwaltung. Dies wird vom Vorsitzenden verneint.

Änderungen der Tagesordnung erfolgen nicht.

## **3 Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner fragt, ob die Zahlen bezüglich des Peter-Rantzau-Hauses öffentlich zugänglich seien. Dieses wird bejaht.

Die vorläufige Wirtschaftlichkeitsstudie zum ÖPP-Modell wird daraufhin an die anwesenden Einwohner verteilt.

Eine weitere Frage lautet, ob diese Studie von der Verwaltung oder vom Finanzausschuss beauftragt wurde. Der Vorsitzende erklärt, dass die Studie von der Verwaltung beauftragt wurde, die Firma VBD dem Ausschuss jedoch bekannt sei, da sie bereits eine Untersuchung für die IGS – Sporthalle angefertigt hat. Der Finanzausschuss sei mit der Beauftragung an die VBD einverstanden.

#### 4 **Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2008 vom 22.01.2008**

Es wird darauf hingewiesen, dass die bei der letzten Sitzung anwesenden Beiratsmitglieder, Frau Dietterlein (Seniorenbeirat) und Herr Olschewski (Kinder- und Jugendbeirat), nicht im Protokoll vom 22.01.2008 aufgeführt wurden.

Bezüglich TOP 7 beanstandet ein Ausschussmitglied folgende Protokollierung:

„Der Finanzausschuss bittet die Verwaltung, bei allen städtischen Objekten eine Mieterhöhung zu überprüfen.“

Es habe keine Abstimmung, nur eine Beratung stattgefunden. Das Protokoll sollte entsprechend geändert werden.

Einer der Stadtverordneten bittet darum, vor der nächsten Beschlussvorlage Frau Holstein, FD IV.4/ ZGW, einzuladen. Ziel sei, diese so zu informieren, dass die zu fertigende Vorlage alle gewünschten Informationen enthalte. Ein weiteres Mitglied des Ausschusses weist darauf hin, dass die Mietberechnungen vergleichbar gemacht werden sollten.

Weitere Einwände zum öffentlichen Teil des Protokolls erfolgen nicht. Mit diesen Änderungen werden sowohl der öffentliche wie der nichtöffentliche Teil des Protokolls genehmigt.

#### 5 **Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt**

Auf den städtischen Konten sind zurzeit rd. 760.700 € verfügbar. An Tagegeld stehen weitere 8,75 Mio. € zur Verfügung. An Routineausgaben sind bis Mitte März rd. 4,684 Mio. € und Kaufpreiszahlungen i. H. v. 1,4 Mio. € zu leisten. Im Saldo ergibt dies einen derzeitigen Überschuss von rd. 3,42 Mio. €

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass die Summe der Routineausgaben die folgenden 8 Wochen - d. h. bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses - enthalten.

Ferner erkundigt sich der Finanzausschuss nach dem **vorläufigen Jahresabschluss 2007**. Der Berichterstatter teilt mit, dass voraussichtlich ein Überschuss von rd. 1,8 Mio. € entstehen wird. Dies bedeutet, dass die Entnahme aus der Allgemeine Rücklage von 840.000 € nicht erforderlich ist. Daher wird der Rücklagenbestand von 1,084 Mio. € sich voraussichtlich auf bis zu rd. 2,8 Mio. € erhöhen.

## 6 **Neubau Peter-Rantzau-Haus** **- Vergleichende Analyse zur Wirtschaftlichkeit einer ÖPP-Realisierung -**

Der Finanzausschuss begrüßt Herrn Schnoor von der Firma VBD, der die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung seiner Firma zur Errichtung des Peter-Rantzau-Hauses im Rahmen eines PPP-Modells erläutert. Er führt zunächst aus, dass Firma VBD zwischenzeitlich bei rd. 150 PPP-Projekten beraten bzw. diese auch begleitet habe. Der Power-Point-Vortrag Herrn Schnoors liegt als **Anlage** bei.

Den Anwesenden liegt die oben genannte Untersuchung vor. Die Verwaltung händigt sie auch an interessierte Einwohner aus. Fragen anwesender Einwohner werden vom Vorsitzenden – außerhalb der Einwohnerfragestunde – zugelassen.

Folgende Aspekte werden von VBD besonders erwähnt:

**Finanzierung** (siehe Seite 18 ff und Anlage 1, Seite 6 der Studie): Die Investitionen können im Rahmen des PPP-Modells im Gegensatz zu den für Kommunen geltenden Konditionen zu 100 % über KfW-Mittel finanziert werden, Zinssatz: 4,4 % (**Anmerkung:** Bei Kommunen sonst nur 50 % der Fremdkosten, Zinssatz: 4,0 %).

**Investitionshöhe:** Die Stadt hat 2,8 Mio. € Bau- und Planungskosten veranschlagt. Diese Kosten 2005 wurden entsprechend Baukostenindex fortgeschrieben und sind mit 3,1 Mio. € Baukosten veranschlagt, denen 2,79 Mio. € beim PPP-Modell gegenüberstehen (siehe Seite 15 der Untersuchung).

**Größere Sicherheit hinsichtlich Baukosten und Bauzeit:** Im Durchschnitt werden Bauten im Rahmen des PPP-Modells rd. zwei Monate früher fertig gestellt als konventionell errichtete Bauvorhaben.

Ferner werden die Risiken während der Planung und Bauzeit (Planungsrisiko, Insolvenzrisiko, Risiko der Bauzeitüberschreitung) und – während der Nutzungsphase – Risiken der Erhaltung und des Wertverlustes durch unterlassene Bauunterhaltung (siehe Seite 26 ff) dargestellt. Diese werden monetär zu Gunsten des PPP-Modells hinsichtlich ihrer Wahrscheinlichkeit bei Planungskosten von 310.000 € mit 27.900 €, hinsichtlich der Baukosten von 3,1 Mio. € mit rd. 180.000 € und während der Nutzungsphase mit rd. 170.000 € - somit insgesamt rd. 380.000 € - bewertet. Hierbei haben die Risiken der Baukostenerhöhung und des Wertverlustes durch unterlassene Bauunterhaltung den höchsten Anteil. Im Ergebnis bewertet VBD – konservativ – den Vorteil gegenüber der konventionellen Erstellung und Betreibung für den Neubau eines Peter-Rantzau-Hauses mit rd. **670.000 € = 6,69 %** (zum Vergleich auf Nachfrage: Sporthalle IGS = 10,5 % Vorteil). Die Vorteile sind auf Seite 12 der Anlage zusammengefasst.

Es wird davon abgeraten, ein zusätzliches Geschoss zur gewerblichen Nutzung zu errichten, dieses insbesondere deshalb, weil ein privater Auftragnehmer innerhalb der 20-Jahres-Frist kaum Gewinne aus der Vermietung an die Stadt weitergeben könnte. Außerdem benötige er das Eigentum an der Immobilie. Dieses sei aber hier nicht vorgesehen (Inhabermodell = Inhaber

Stadt).

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes wird aber eingeräumt, dass dieses eventuell anders zu beurteilen sei, wenn die Stadt das Geschoss auf eigene Kosten erstellen lasse. Hingewiesen wird von einem Ausschussmitglied darauf, dass die Geschosse gesondert erreichbar sein müssten.

Im **Ergebnis** bleibt festzuhalten, dass VBD es als finanzwirtschaftlich vorteilhafter ansieht, den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses als PPP-Modell zu realisieren und als Vertragsmodell das PPP-Inhabermodell empfiehlt. In diesem Rahmen finden keine Eigentumsübertragungen von Grundstücken und Gebäuden statt, sodass modellspezifische Kosten geringer sind.

Die Leistungen sollten europaweit ausgeschrieben werden. In einer zu erstellenden funktionellen Leistungsbeschreibung sind Raumprogramm, Qualität und Funktionsabläufe zu beschreiben. Die festgelegten Bewertungskriterien werden Bestandteil der Ausschreibung. Erhöhte architektonische Anforderungen an den Neubau könnten erreicht werden, indem im Rahmen der Entwurfsbewertung Architektur und Städtebau höher bewertet werden. Auf Seite 14 der Anlage/ Einbindung und Abstimmung des Bauausschusses wird ebenfalls hingewiesen. Die Einbindung weiterer Ausschüsse (Sozialausschuss, evtl. Finanzausschuss) sei denkbar liege in der Entscheidung der Selbstverwaltung. Der Vorsitzende erklärt dazu, dass es vielleicht von Vorteil wäre – wie bei der 3-Felder-Sporthalle – aus jeder Fraktion zwei Mitglieder in eine entsprechende Projektgruppe zu entsenden.

Der Finanzausschuss dankt Herrn Schnoor für seinen Vortrag und stellt – ebenso wie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner – Fragen an VBD oder an die Verwaltung.

Nachgefragt wird, ob die Verwaltung den Neubau kapazitätsmäßig selbst begleiten könne. Der Berichterstatter führt aus, dass dieses grundsätzlich möglich sei (Bauherrentätigkeit). Bei Bauvorhaben wurden und werden Architekten immer begleitend eingebunden.

Ein anderes Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass PPP-Modelle immer noch Experimentalcharakter hätten. Zu Fragen sei, ob die eigene Kapazität zur Auslastung selbst zu nutzen sei oder sich die Möglichkeit einer dauerhaften Einsparung von Verwaltungskapazität ergebe. VBD führt aus, dass der Verwaltungskostenanteil durchschnittlich immer bei 3 % der Baukosten liege. Ein Verwaltungskostenanteil – z. B. für Steuerberater, etc. – falle aber auch immer beim PPP-Modell an. Die Baunebenkosten seien jedoch geringer. In der vorliegenden Untersuchung sei ein pauschalierter – nicht näher untersuchter – Abschlag erfolgt.

VBD habe bei der Begleitung von PPP-Projekten beobachtet, dass nur zwei bis drei Mal von PPP-Modellen hätte abgeraten werden müssen. Dieses beziehe sich auf Bauvorhaben mit einem Kostenvolumen unter 1,0 Mio. € oder auch auf kommunale Vorhaben, wo bereits überaus günstige Betriebskosten bekannt waren. Das PPP-Modell lebe aber von Annahmen. Nach den Erfahrungen sei ein PPP-Modell um 10 – 20 % günstiger als die konventionelle Errichtung. Insbesondere durch steigende Baukosten während der Bauphase und eine verlängerte Bauzeit ist aus Sicht der VBD die Errichtung eines Bauvorhabens in konventioneller Bauweise teurer als das PPP-Modell.

Der Ausschussvorsitzende weist ergänzend darauf hin, dass die Kosten-

schätzung für das Bauvorhaben „Sporthalle IGS“ nahe am tatsächlichen Ergebnis liege.

Nachgefragt wird ferner zur Laufzeit der Belastungen über 20 Jahre statt 30 Jahre bei normalen Finanzierungskrediten. Hierzu erläutert Herr Schnoor, dass 20 Jahre bei Leistungsvergaben für Finanzierung und Betrieb schon ein langer Zeitraum seien, insbesondere für die Festlegung bei Betriebskosten. Eine Finanzierung könne u. U. vorzeitig – wie bei üblichen Krediten – abgelöst werden. Eine längere Laufzeit als 20 Jahre verursache höhere Zinsen. Im Grundsatz werden daher Verträge über 20 Jahre abgeschlossen. VBD habe nur – jeweils ohne Betrieb – zwei Bauvorhaben begleitet, die über 15 bzw. 30 Jahre Laufzeit abgeschlossen wurden.

Auch der Ausschussvorsitzende geht auf die Finanzierung ein und weist darauf hin, dass die Stadt günstigere Zinskonditionen erhalte als dieses beim PPP-Modell der Fall sei. Bei 50 % Finanzierung mit Kommunalkredit zu 4 % und weiteren 50 % von zurzeit 4,6 % Zinsen ergebe sich ein Durchschnitt von 4,3 %, dem gegenüber stehen 4,4 % für das PPP-Modell. Entscheidender seien somit andere Kriterien.

Nachgefragt wird zur kürzeren Bauzeit. Hierzu wird ausgeführt, dass diese insbesondere darauf zurückzuführen sei, dass erforderliche Vorarbeiten in der Regel schneller ausgeführt werden und auch der Abstimmungsprozess - da die fortlaufende Beratung in den Ausschüssen entfalle – kürzer sei. Zu Lasten der Architektur gehe dieses nicht, da Vorgaben zur Kubatur etc. erfolgen könnten.

In diesem Zusammenhang weist der Ausschussvorsitzende auf das ÖPP-Erleichterungsgesetz hin. Er führt ferner aus, dass die Kommune nicht verpflichtet sei, Preisgelder zu zahlen.

Ein Einwohner erkundigt sich, warum auch die Bauherrenaufgaben günstiger beim PPP-Modell seien (um 50 %). Diese beginnen – so VBD – erst ab dem Bauzeitpunkt.

Hingewiesen wird seitens einer Einwohnerin darauf, dass bei Vergabe der **Reinigungs- und Unterhaltungsarbeiten** an einen Dritten im Rahmen des PPP-Modells die Bindung an das Haus fehle. Der Eindruck eines Hauses sei entscheidend für die Nutzer; dieses sei nicht zu unterschätzen. Die AWO beschäftige einen Hausmeister (0,5 Stelle) und eine Reinigungskraft (25 Stunden wöchentlich). Einige Mitglieder des Ausschusses äußern, dass diese Bedenken ernst zu nehmen seien. Der Finanzausschuss signalisiert grundsätzlich Gesprächsbereitschaft in dieser Frage.

Herr Schnoor führt aus, dass bei Mängeln der übertragenen Aufgaben das Entgelt gekürzt werden könne. Es gebe aber auch andere Modelle. So könne z. B. ein Privater die Hälfte einer Hausmeisterstelle zahlen. Ferner könne vorgegeben werden, dass der Hausmeister eine Ansprechperson sein solle und keine Rotierung erfolge. Das Risiko der Instandhaltung, d. h. der Bauunterhaltungsaufgaben, solle aus Sicht von VBD immer auf Private übertragen werden.

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich danach, wie die Reinvestitionen geregelt würden. Dieses sei z. B. bei der Erneuerung einer Heizung von Bedeutung. VBD führt aus, dass Gelder in Instandhaltungsphase auf ein eigenes Konto gezahlt werden. Über die Verwendung des Kontos entscheiden Stadt

und Betreibergesellschaft gemeinsam. Ein Ausschussmitglied berichtet, dass vor Vertragsende eine Übergabe an die Stadt erfolge. Der Betreiber habe ggf. vor der Übergabe bedeutende Investitionen für die Erneuerung zu tätigen. Der Rest werde hälftig ausgezahlt an die Kommune. Der Finanzausschuss signalisiert grundsätzlich Gesprächsbereitschaft in dieser Frage.

Eingegangen wird ferner auf die Frage einer gewerblichen Einheit im Neubau des Peter-Rantzau-Hauses. Hierzu wird vom Finanzausschussvorsitzenden angeregt, da die Vermietung nach Auskunft VBD sich nicht über 20 Jahre refinanzieren ließe, dass zusätzliche Geschoss selbst auszubauen und zu vermieten. Dieses sei - so VBD - grundsätzlich denkbar. Der Berichterstatter weist auf die noch ausstehende alternative Standortprüfung hin (Standort direkt neben dem Rathaus oder abgerückt). Die Prüfung soll Mitte/ Ende März 2008 abgeschlossen sein. Die Anbindung neben dem Rathaus bedeutet den Verlust einer Tiefgaragenebene und damit verbundene zusätzliche Kosten. Eine Vertreterin der AWO weist in diesem Zusammenhang auf die am jetzigen Standort bestehende Parkplatzproblematik hin. Für die Nutzer des Neubaus muss eine ausreichende Stellplatzzahl berücksichtigt werden.

Eine weitere Frage wird gestellt zum Insolvenzrisiko im Verhältnis PPP-Modell/ konventionelle Errichtung. VBD berichtet, dass bei der konventionellen Errichtung die Stadt das Risiko der beauftragten Baufirmen unabhängig davon zu tragen habe, ob es sich um Einzelgewerksvergaben oder einen Generalunternehmer handle. Die Erhöhung der Kosten resultiere aus erforderlichen Neu- oder Gesamtleistungen in Kombination mit Bauverzögerungen. Dem gegenüber liege das Insolvenzrisiko der Projektgesellschaft bei der finanzierenden Bank. Die Zahlung – des Festpreises – an die Projektgesellschaft erfolge erst bei Übergabe des Gebäudes zur Nutzung, d. h. nach Fertigstellung (siehe auch Seite 27 der Untersuchung). VBD plädiert dafür, das Insolvenzrisiko auf die Objektgesellschaft zu verlagern.

Unter Bezug auf Seite 33 der Untersuchung/ Barwertvorteil spricht sich der Ausschussvorsitzende dafür aus, bei Einsparungen nur die Bau- und Finanzierungsdaten zu betrachten. Dort wurde ein Barwertvorteil von 12,53 % ermittelt. Die Betriebskosten seien momentan nicht relevant. Ein Einwohner macht darauf aufmerksam, dass bei der IGS die Baukostenreduzierung nur bei rd. 10 % lag und bei gleichen Baukosten die Reduzierung nur noch rd. 3,5 % betragen würde. Da von angenommenen Baukosten bei der konventionellen Bauweise ausgegangen wurde, könnte die Baukostenreduzierung von 12,53 % somit deutlich zu hoch sein. Dem widerspricht ein Ausschussmitglied mit dem Hinweis, dass Private härter verhandeln. Er halte die Einsparung von 10 % für realistisch.

Anschließend wird der weitere Zeitplan wie folgt entwickelt:

Ende März 2008	Abschluss der Kostenschätzung für beide Standortvarianten am Stormarnplatz
Im April 2008	Einarbeitung der Kostenschätzung durch VBD in die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
22.04.2008	Erneute Beratung im Finanzausschuss zur Finanzierungsfrage



28.04.2008/ 26.05.2008	Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zur Finanzierung
ggf. Interfraktionelle AG	Festlegung der Bewertungskriterien
Oktober/ November 2008	Start der Ausschreibung
Mai 2009	Abschluss der Ausschreibung
Herbst 2009	Baubeginn/ Bauzeit ca. 10 Monate
Sommer 2010	Übergabe des Bauvorhabens

Einige Ausschussmitglieder und der Seniorenbeirat signalisieren ein positives Votum für die Errichtung des Neubaus des Peter-Rantzau-Hauses als PPP-Modell. Entscheidend sind zum einen geringere Kosten, die Handlungsspielräume für andere Ausgaben ermöglichen und für den Vertreter des Seniorenbeirates insbesondere der angekündigte kurze Bauzeitraum.

## **7 Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt**

**2008/024**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass irrtümlich einige Nummern der Vorlage nicht den Nummern der Anlage entsprechen.

Ein Ausschussmitglied fragt nach, ob noch Mittel von 2006 in den Haushaltsresten enthalten seien. Der Berichtserstatter verneint dieses mit dem Hinweis, dass dies rechtlich nicht zulässig wäre (gem. § 18 (1) letzter Satz GemHVO-Kameral bleiben die Ausgaben bis zum Ende des nächsten Jahres verfügbar). Sie sind verfallen und zwingend in Abgang zu bringen.

Die Haushaltsausgabereste werden zur Kenntnis genommen.

**8 Antrag des Kinder- und Jugendbeirates über die Vermietung von Unterkünften an Jugendliche im Reeshoop 55 c 2008/038**

Es liegt keine Vorlage vor. Der Berichterstatter berichtet zur Sachlage.

Der Kinder- und Jugendbeirat schlug vor, die leer stehenden Häuser bzw. Wohnungen im Reeshoop beim „badlantic“ an Auszubildende oder Zivildienstleistende befristet zu vermieten.

FD IV.4/ ZGW setzt sich zurzeit mit dem Thema auseinander. Eine Vorlage wurde aber noch nicht abschließend gefertigt. Die Vermietung von Wohnraum an Jugendliche ist keine Pflichtaufgabe der Verwaltung. In Erinnerung an frühere Erfahrungen beim „Haus Lulu“ wird außerdem befürchtet, dass WGs einziehen, Mietrückstände entstehen, etc. Ein Betreuungsaufwand der Wohnungen/ Mieter zeichnet sich somit ab.

Es wird für sinnvoll erachtet, z. B. die AWO oder das DRK als Hauptmieter einzusetzen. Diese könnten mit den Nutzern feste Untermietverträge abschließen. Zurzeit wird das Interesse geklärt.

## **9 Verschiedenes**

### **9.1 Nachfragen zur steuerlichen Behandlung von Entschädigungen an ehrenamtliche Mitglieder**

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf das Amtsblatt Schl.-H., Ausgabe Nr. 6 vom 04.02.2008 und möchte wissen, ob es Neuigkeiten bezüglich der steuerlichen Behandlung von Entschädigungen gibt.

#### ***Anmerkung der Verwaltung***

*Die im Amtsblatt veröffentlichte Verwaltungsvorschrift wird im kommenden Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben. Ferner stellt FD I.4/ Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit die sachgerechte Information der betroffenen ehrenamtlich Tätigen sicher.*

### **9.2 Haushaltssatzung 2008**

Der Berichterstatter teilt mit, dass die Haushaltssatzung 2008 vom Innenministerium zur Kenntnis genommen wurde. Auf Nachfrage erläutert er, dass die Haushaltssatzung keine genehmigungspflichtigen Teile enthält, da der Haushalt - wie schon in den letzten Jahren - ausgeglichen ist.

## **10 Kenntnisnahmen**

**- entfällt -**

gez. Tobias Koch  
Vorsitz

gez. Angela Haase  
Protokoll